

Statut,

betreffend

die Abänderung des Ortsbaustatuts für die Stadt
Braunschweig vom 27. December 1883.

Auf Grund des Gesetzes **№. 21** vom 4. Juni 1892, betreffend die authentische Interpretation und Abänderung des §. 12 der Bauordnung vom 15. Juni 1876 **№. 60**, wird mit Zustimmung der Stadtverordneten für die Stadt Braunschweig das nachstehende Statut erlassen:

Die §§. 7—11 des Ortsbaustatuts für die Stadt Braunschweig vom 27. December 1883 erhalten folgende Fassung:

Zu §. 12 der Bauordnung (in der Fassung des Gesetzes **№. 21** vom 4. Juni 1892).

§. 7.

Verpflichtung der Stadt.

Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der Ortsstraßen (d. i. im Sinne dieses Statuts diejenigen von den im §. 4 A bezeichneten Straßen, Wegen und Plätzen, auf welche die Vorschriften der §§. 7—12

NZ. 47.3504

[Braunschweig. Stadtk. -Archiv (1893)]

dieses Statuts für anwendbar erklärt sind) sind vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen von der Stadt zu zahlen.

§. 8.

Verpflichtungen Dritter.

A. Beiträge der Anlieger.

Zu den nach §. 7 der Stadt zur Last fallenden Kosten sind von den Eigenthümern der an die Ortsstraßen grenzenden Grundstücke in dem nachstehend vorgeschriebenen Maße Beiträge zu leisten:

I. Kosten des Ausbaues der Ortsstraßen.

1. Bei der Anlegung einer neuen oder bei der Verlängerung einer bestehenden Ortsstraße — und zwar sowohl, wenn es sich um die Anlegung einer im Ortsbauplane vorgesehenen völlig neuen Straße, als auch, wenn es sich um den Ausbau eines schon in anderer Eigenschaft vorhandenen Weges als Ortsstraße handelt — fallen die seitens der Stadt aufgewandten Kosten der Erwerbung der zur Straße nothwendigen Grundflächen und der ersten Einrichtung derselben den Eigenthümern der angrenzenden Grundstücke, soweit diese kostenpflichtig sind, zur Last. Dem Eigenthümer steht hinsichtlich der Beitragspflicht gleich Derjenige, welcher ein Grundstück kraft erblichen Nutzungsrechts inne hat.

2. Kostenpflichtig sind die angrenzenden Grundstücke, wenn sie bebaut sind oder sobald sie bebaut werden.

Grundstücke, welche an zur Zeit des Erlasses dieses Statuts schon vorhandenen ausgebauten Ortsstraßen belegen sind, werden kostenpflichtig, wenn sie bebaut werden,

bezw., sofern sie bereits bebaut waren, wenn sie neu bebaut werden; als neue Bebauung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt auch die einer Erneuerung gleichzuachtende Veränderung, Erweiterung oder Erhöhung vorhandener Gebäude.

3. Zu erstatten sind alle Kosten, welche erwachsen:

- a. aus der Erwerbung der zur Straße nothwendigen Grundflächen, einschließlich Contractskosten sammt Nebengebühren sowie der im Expropriationsverfahren erwachsenen Kosten,
- b. aus der Herstellung des Erdplanums, der Chauffirung, Pflasterung oder anderweiten Befestigung der Fahrbahn,
- c. aus der Herstellung der Fußwege, mit der Maßgabe jedoch, daß, falls dieselben in einer 1,5 m überschreitenden Breite mit Platten, Mosaikpflaster, Asphalt oder dergleichen belegt werden, von den Kosten eines solchen Belages derjenige Mehrbetrag, welcher durch die Belegung in größerer Breite erwächst, der Stadt zur Last fällt, und zwar derartig, daß sich die in diesem Falle von der Stadt zu tragenden Kosten des Belages zu den Gesamtkosten desselben verhalten, wie die um 1,5 m verminderte Breite des Belages zu der ganzen Breite desselben,
- d. aus der Herstellung der offenen Gassen, der Einfallschächte und der Anschlüsse an die Straßencanäle,
- e. aus der Anlage von Baumpflanzungen nebst Zubehör,
- f. aus den wegen etwaiger Niveau-Veränderungen den Eigenthümern angrenzender Grundstücke nach §. 10 der Bauordnung zu gewährenden Entschädigungen.

Dagegen wird, wenn ein schon in anderer Eigenschaft vorhandener Weg zu einer Ortsstraße ausgebaut wird, von den durch solchen Ausbau erwachsenden Kosten der Werth der bisherigen Straßenbefestigung in Abzug gebracht.

II. Kosten der besseren Befestigung der Fußwege an Ortsstraßen.

Werden auf Beschluß der städtischen Behörden die Fußwege einer Ortsstraße durch Belegung mit Platten, Mosaikpflaster, Asphalt oder dergleichen befestigt, so sind die hierdurch erwachsenden Kosten mit der unter I. 3. c. gedachten Beschränkung von den Eigenthümern der angrenzenden Grundstücke — einerlei, ob letztere bebaut sind, oder nicht — zu tragen; die Kosten der Verbesserung eines solchen Belages, sowie die sonstigen aus der Unterhaltung der Fußwege erwachsenden Kosten trägt die Stadt. Wird dagegen der Belag eines Fußweges überhaupt abgängig und seine Erneuerung von den städtischen Behörden beschlossen, so fallen die hierdurch veranlaßten Kosten abermals den anliegenden Grundstücken zur Last.

B. Besondere Beiträge der gewerblichen Etablissements.

Bezüglich der Heranziehung gewerblicher, innerhalb des Stadtgebietes belegener Etablissements zu besonderen Beiträgen zum Zwecke der Unterhaltung der Wege bleibt der §. 9 des Statuts vom 20. November 1851, die Herstellung und Unterhaltung der vor den Thoren und innerhalb der Feldmarken der Stadt Braunschweig belegenen Wege betreffend, in Kraft; der §. 9 l. c. wird jedoch dahin abgeändert, daß bezüglich der Festsetzung

der zu leistenden Beiträge das im §. 11 Abs. 1 dieses Statuts vorgeschriebene Verfahren Platz greift.

§. 9.

Kostenantheil der einzelnen Grundstücke.

1. Der Antheil der einzelnen zu Beiträgen verpflichteten Grundstücke an den Kosten der Herstellung der Ortsstraßen (§ 8, I) wird in folgender Weise berechnet:

- a. bei Straßen, welche auf beiden Seiten bebaut werden sollen, fallen die Kosten, sofern die Straßenbreite nicht über 26 m beträgt, zur einen Hälfte den Eigenthümern der an die eine, zur anderen Hälfte den Eigenthümern der an die andere Straßenseite grenzenden beitragspflichtigen Grundstücke im Verhältniß der Frontlänge jedes Grundstücks zur gesammten Länge der beiderseitigen Straßenfronten zur Last; beträgt die Straßenbreite mehr als 26 m, so hat die Mehrkosten die Stadt zu tragen und zwar derartig, daß sich die von der Stadt zu tragenden Kosten zu den Gesamt-Straßenkosten verhalten wie die um 26 m verminderte Straßenbreite zur Gesamt-Straßenbreite,
- b. bei Straßen, welche nur auf einer Seite bebaut werden sollen, fallen die Kosten bis zu einer Straßenbreite von 13 m, von der Straßenflucht angerechnet, den Eigenthümern der an dieser Straßenflucht liegenden beitragspflichtigen Grundstücke allein nach dem Verhältniß der Frontlänge der letzteren zur ganzen Frontlänge derjenigen Straßenseite zur Last, an welcher Gebäude errichtet werden.

- c. Die Eigenthümer von Grundstücken an Plätzen sind bezüglich der Beiträge zur Herstellung der Plätze, einschließlich der Fußwege, ebenso wie die Eigenthümer von Grundstücken an nur einseitig mit Gebäuden zu besetzenden Straßen zu behandeln.

2. Der Beitrag des einzelnen Grundstücks zu den Kosten der Belegung der Fußwege einer Ortsstraße mit Platten und dergleichen (§. 8, II) ist gleich demjenigen Theilbetrage der hierdurch erwachsenden Gesamtkosten, welcher dem Verhältnisse der Frontlänge des einzelnen Grundstücks zu der gesammten Straßenfrontlänge entspricht. Wird auf einer Straße nur ein Fußweg in der vorstehend angegebenen Weise befestigt, so haben zu den hierdurch erwachsenden Kosten nur die an solchen Fußweg grenzenden Grundstücke beizutragen, und es kommt bei der Berechnung der dem einzelnen Grundstücke zur Last fallenden Kosten nur die Frontlänge derjenigen Straßenseite in Betracht, auf welcher der befestigte Fußweg liegt.

§. 10.

Kosten der Straßenkreuzungen.

Die Kosten derjenigen Straßentheile, auf welchen sich zwei Straßen kreuzen, sind, wenn beide Straßen neu angelegt werden, bei jeder der sich kreuzenden Straßen nach dem Verhältnisse zur Berechnung zu bringen, welches die Breiten der betreffenden Straßen zu einander haben, sofern beide Straßen gleichzeitig ausgebaut werden. Undernfalls fallen sie lediglich der zuerst angelegten Straße zur Last.

Werden im Falle der Durchkreuzung einer vorhandenen Straße durch eine neu anzulegende Veränderungen an der alten Straße erforderlich, so sind die hierdurch und imgleichen die durch Umlegung der Gas-

und Wasserröhren erwachsenden Kosten zu den Kosten der neu anzulegenden Straße zu rechnen.

§. 11.

Festsetzung der von den Eigenthümern der angrenzenden Grundstücke zu leistenden Kostenbeiträge und deren Einziehung.

Die Feststellung der nach Maßgabe der §§. 8—10 den einzelnen Grundstücken zur Last fallenden Beiträge geschieht auf Vorschlag der städtischen Bauverwaltung durch die städtischen Behörden. Gegen die Feststellung, welche durch öffentliche Auslegung des Projectes, des Kostenanschlages und der Vertheilungsberechnung bekannt zu machen ist, steht den Betheiligten binnen vier Wochen — angerechnet von dem Tage der Auslegung — die Beschwerde an Herzogliches Staats-Ministerium zu.

Der Beitrag wird im einzelnen Falle fällig:

- a. wenn die Entstehung der Verpflichtung zur Entrichtung desselben von der Bebauung des anliegenden Grundstücks nicht abhängt, sofort mit dem Beginne der betreffenden Arbeiten;
- b. wenn sie von einer nach späterem Zeitpunkte fallenden Bebauung des anliegenden Grundstücks abhängt, mit dem Beginne dieser Bebauung.

Die Ausschreibung und Einziehung des Beitrages erfolgt im anschlagsmäßigen Betrage. Bleiben die wirklichen Kosten hinter dem Anschlage zurück, oder übersteigen sie denselben, so findet Rückzahlung bezw. Nachforderung statt.

Berechtigt zum Empfange des zur Rückzahlung Gelangenden bezw. verpflichtet zur Nachzahlung ist der Eigenthümer oder erblich Nutzungsberechtigte des betreffenden Grundstücks zur Zeit der Feststellung der Kosten durch die städtischen Behörden.

Die Genehmigung der Bebauung eines Grundstücks kann an die Bedingung geknüpft werden, daß vor dem Beginne des Baues die auf das Grundstück fallenden Straßenbaubeiträge eingezahlt werden.

Die Einziehung der Beiträge — einschließlich der besonderen Beiträge der gewerblichen Etablissements — erfolgt nach den Vorschriften über die Einziehung öffentlicher Abgaben solcher Art.

Das vorstehende Statut wird, nachdem dasselbe mittelst Rescripts Herzoglichen Staats-Ministeriums *N.* 1405 vom 20. Februar d. J. genehmigt worden, hiermit veröffentlicht.

Braunschweig, den 27. Februar 1893.

Der Stadt-Magistrat.

W. Pockels.

<i>Willh. Götte.</i>	<i>Aug. Haake.</i>	<i>H. Retemeyer.</i>
<i>Heymann.</i>	<i>Meyer.</i>	<i>Ramdohr.</i>